

Michelsen, Claus et al.

Article

Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Michelsen, Claus et al. (2018) : Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 50, pp. 1063-1066, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-50-1

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/190784>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

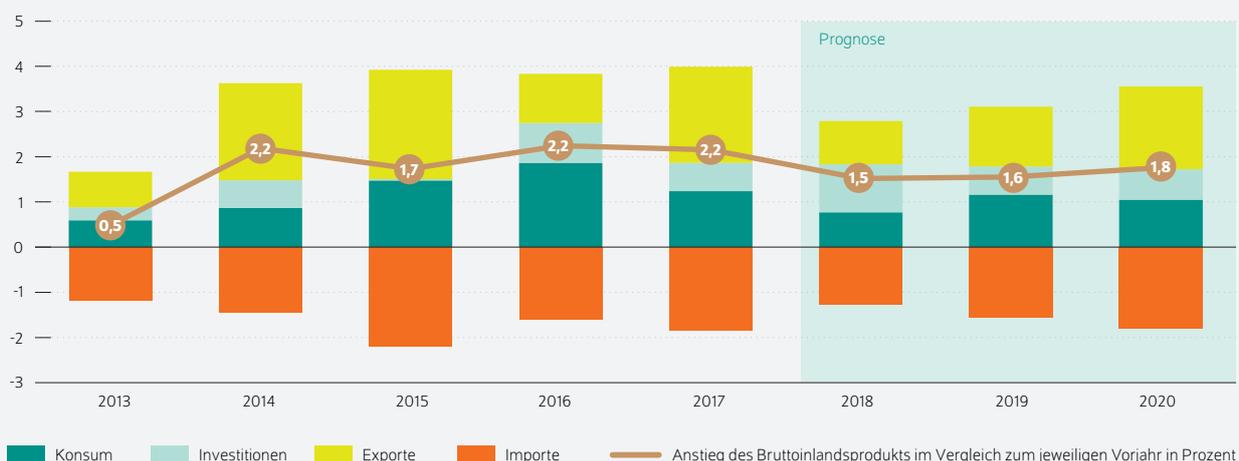
Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs

Von Claus Michelsen et al.

- DIW Berlin korrigiert Wachstumsprognose für deutsche Wirtschaft nach unten: auf 1,5 Prozent für 2018 und 1,6 Prozent für 2019
- Ende der Hochkonjunktur nach Jahren des überdurchschnittlichen Wachstums, deutsche Wirtschaft dennoch in guter Verfassung
- Probleme in Automobilindustrie haben Entwicklung zuletzt belastet – stabile Arbeitsmarktlage und starker privater Konsum werden Wirtschaftsleistung aber stützen
- Auslandsgeschäft läuft weiter gut, obwohl Weltkonjunktur ihren Höhepunkt überschritten hat
- „Harter“ Brexit würde exportorientierte deutsche Wirtschaft empfindlich treffen
- Öffentliche Haushalte nach wie vor mit deutlichen (2018: 56 Milliarden Euro), aber rückläufigen Überschüssen (2020: 38 Milliarden Euro)

Stabile Auslandsnachfrage und starker privater Konsum stützen die Konjunktur in Deutschland

Wachstumsbeiträge der einzelnen Komponenten des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten



Quelle: DIW Wintergrundlinien 2018

© DIW Berlin 2018

ZITAT

„Die Gefahr einer Rezession ist eher gering, denn die Grunddynamik der deutschen Wirtschaft bleibt intakt. Das Auslandsgeschäft läuft nach wie vor relativ gut. Vor allem wird der private Konsum durch die Maßnahmen, die im Koalitionsvertrag vereinbart sind und zu Jahresbeginn 2019 wirksam werden, angeschoben – Stichwort Sozialversicherungsbeiträge.“ — Claus Michelsen, DIW-Konjunkturchef —

MEDIATHEK



Audio-Interview mit Claus Michelsen
www.diw.de/mediathek

Deutsche Wirtschaft im Spätherbst des Aufschwungs

Von Claus Michelsen, Guido Baldi, Christian Breuer, Martin Bruns, Geraldine Dany-Knedlik, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Max Hanisch, Simon Junker, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft wird nach Einschätzung des DIW Berlin in den kommenden beiden Jahren weiter spürbar wachsen. Die Zeiten der Hochkonjunktur sind allerdings vorbei, denn die wirtschaftliche Dynamik wird sich aller Voraussicht nach abkühlen. Das DIW Berlin bestätigt damit seine Einschätzung aus dem Spätsommer, der zufolge sich das Wachstumstempo der deutschen Wirtschaft – überlagert von Sondereffekten – allmählich normalisiert. Die Prognose für das Jahr 2018 wird jedoch gesenkt, auf nun 1,5 Prozent.

Derzeit ist das konjunkturelle Bild ungewöhnlich unscharf, was unter anderem auf die Entwicklung in der Automobilwirtschaft zurückzuführen ist: Die Hersteller von Kraftfahrzeugen haben große Probleme, ihre Fahrzeuge nach den neuen Abgas- und Verbrauchsnormen zu zertifizieren. Dies ist Voraussetzung für deren Verkauf innerhalb Europas. So konnten im Spätsommer sowohl im Inland als auch im Ausland weniger Autos abgesetzt werden, woraufhin die Hersteller ihre Produktion drosselten. Dies bremste auch die Ausfuhren, die Investitionen in den Fuhrpark und den privaten Konsum.

Die Produktionsausfälle werden voraussichtlich im Winterhalbjahr zumindest teilweise nachgeholt. Allerdings ist die Prognose hierzu mit außergewöhnlich großer Unsicherheit behaftet: Es ist durchaus möglich, dass eine Belebung weiter ausbleibt und die Wachstumsdynamik in diesem und im kommenden Jahr schwächer als prognostiziert ausfällt. Derzeit ist für 2019 mit einem Wachstum des hiesigen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent zu rechnen. Die Sorgen über eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft dürften damit endgültig vom Tisch sein. Im Jahr 2020 dürfte die Wachstumsrate zwar bei 1,8 Prozent liegen – allerdings

fällt sie wegen einer höheren Zahl an Arbeitstagen um gut 0,4 Prozentpunkte kräftiger aus.

Abgesehen von der Sonderkonjunktur in der Automobilindustrie sprechen aber grundsätzlich noch viele Aspekte für eine Fortsetzung des Aufwärtstrends – letztlich wird sich das Tempo der deutschen Wirtschaft nach Jahren, in denen die Produktionskapazitäten sehr gut ausgelastet waren, wohl lediglich normalisieren. Insbesondere die robuste Auslandsnachfrage, die brummende Bauwirtschaft und der private Konsum dürften die Konjunktur im kommenden Jahr weiter stützen. Auf dem Arbeitsmarkt setzt sich der Beschäftigungsaufbau fort und die Arbeitslosenquote sinkt weiter, bis unter die Marke von fünf Prozent. Die günstige Lage zahlt sich für die ArbeitnehmerInnen zunehmend aus: Die Löhne steigen in den kommenden Jahren auch nach Abzug der Inflation von rund zwei Prozent um voraussichtlich mehr als ein Prozent per annum. Zudem zeigt sich der Staat großzügig: So werden die BürgerInnen mit dem Jahreswechsel um mehrere Milliarden Euro entlastet, beispielsweise durch eine Absenkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung oder die Mütterrente. Hinzu kommt, dass der Beitrag für die gesetzliche Krankversicherung künftig wieder hälftig von ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen getragen wird. Die privaten Haushalte haben also deutlich mehr Geld in der Tasche.

Die Ertragslage der Unternehmen bleibt gut. Sie dürfen ihre Geschäfte weiterhin äußerst günstig finanzieren können, obwohl die Europäische Zentralbank angekündigt hat, ihre Geldpolitik zu straffen. So weiteten die Firmen ihre Investitionstätigkeit auch im Sommer aus, wenngleich das Niveau noch immer vergleichsweise gering ist. Nach wie vor bieten die Investitionsbedingungen hierzulande Möglichkeiten der Verbesserung – dies wird auch wiederholt im

Ease of Doing Business Index der Weltbank dokumentiert. Die Handelskonflikte zwischen den USA und dem Rest der Welt sorgen darüber hinaus dafür, dass viele Unternehmen vorsichtig sind und von einer größeren Investitionsoffensive absehen. Auch die Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union dürften die Unternehmen zurückhaltend agieren lassen.

Das Auslandsgeschäft dürfte sich zwar deutlich weniger lebhaft entwickeln als noch vor Jahresfrist – dennoch zeigen sich viele wichtige Absatzmärkte nach wie vor in guter Verfassung. Die Konjunktur in den USA profitiert bis Mitte des kommenden Jahres von der Senkung der Unternehmenssteuern, Chinas Wirtschaft zeigt sich bislang weitgehend unbeeindruckt von den handelspolitischen Verwerfungen mit den USA und auch das Wachstum im Euroraum ist trotz einiger politischer Turbulenzen – nicht zuletzt in Italien – recht stabil.

Große Unsicherheit geht vom weiteren Fortgang des Brexit aus. Nachdem das britische Unterhaus vorerst nicht über das zwischen der EU und Großbritannien ausgehandelte Abkommen abgestimmt hat, ist ein ungeordneter Brexit, also ein Austritt ohne Vereinbarungen mit Blick auf die künftigen Handelsbeziehungen, weiterhin nicht ausgeschlossen. Die exportlastige deutsche Wirtschaft würde davon hart getroffen. Allerdings dürfte es nach wie vor das Interesse sowohl Großbritanniens als auch der EU sein, ein solches Szenario zu vermeiden. Sollten die nun von britischer Seite angestrebten Nachbesserungen am Brexit-Vertrag und eine darauf folgende Abstimmung im britischen Parlament nicht rechtzeitig über die Bühne gehen, ist eine Verschiebung des Brexit oder ein erneutes Referendum wahrscheinlicher als ein ungeordneter Austritt – insbesondere, wenn es im Zuge der jetzigen politischen Turbulenzen zu Neuwahlen in Großbritannien kommen sollte.

Viel hängt auch davon ab, in welche Richtung sich der Konflikt mit den USA entwickelt. Zumindest mit China standen die Zeichen zuletzt auf Entspannung – im Streit um die Autoimporte aus der Europäischen Union hingegen verschärfte sich der Ton gegenüber dem Sommer wieder. Ein eskalierender Handelskonflikt hätte für die europäische und insbesondere für die deutsche Wirtschaft schwerwie-

gende Folgen, die sich vor allem in Schlüsselsektoren der deutschen Wirtschaft materialisieren würden. Gemeinsame Simulationen der Wirtschaftsforschungsinstitute zeigen, dass Automobilzölle zu einem Produktionseinbruch bei Kraftfahrzeugen um gut sieben Prozent führen können. Etwas entspannt hat sich hingegen die Lage in der Türkei und anderen Schwellenländern, die im Sommer noch unter erheblichen Wechselkurssturbulenzen litten.

Die öffentlichen Haushalte dürften in diesem Jahr mit einem Rekordüberschuss von 56 Milliarden Euro abschließen. Dabei handelt es sich einerseits um konjunkturell bedingte Überschüsse, andererseits beruhen sie auf den derzeit günstigen Zinsen für Staatsanleihen. Die Diskussion um die Verwendung der Überschüsse sollte insofern nicht darauf gerichtet sein, die Einnahmeseite des Staates durch umfassende Steuersenkungen dauerhaft zu schwächen – vielmehr sollte in die Zukunft des Landes investiert werden. Bereits in den kommenden Jahren werden die Folgen des demografischen Wandels deutlich spürbar. Das Arbeitskräftepotential schrumpft und drückt damit auf das Wachstumspotential. Gleichzeitig ist zwar die Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren ArbeitnehmerInnen gestiegen, diese arbeiten aber häufig in Teilzeit, die sie vielfach – unter günstigeren Voraussetzungen – gerne ausweiten würden. Investitionen in Kinderbetreuungs- und Bildungsangebote dürften geeignet sein, die Erwerbsbeteiligung weiter zu steigern. Auch eine Veränderung im Steuersystem – beispielsweise die Abschaffung des Ehegattensplittings oder eine Entlastung von niedrigen Einkommen – könnte die Anreize zur Erwerbsbeteiligung steigern. Zudem entwickelt sich die Produktivität seit Jahren eher schwach. Dies mag einerseits damit zusammenhängen, dass ein nicht unbeträchtlicher Teil des Beschäftigungsaufbaus in Sektoren mit geringer Produktivität stattfindet, etwa im Pflege- und Gesundheitsbereich. Allerdings ist auch die Investitionstätigkeit zu schwach, was ebenfalls zur geringen Produktivitätsentwicklung beiträgt. Um die Folgen des demografischen Wandels für das Wachstum zu kompensieren, sind auch Investitionen in die digitale Zukunft notwendig. Hier ist nicht nur die private Wirtschaft gefragt. Auch der Staat kann dies mit Vorleistungen direkt und mit der Finanzierung von Forschung und Entwicklung indirekt flankieren.

EDITORIAL

Claus Michelsen ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin |
cmichelsen@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin
| gbaldi@diw.de

Christian Breuer ist Juniorprofessor für Europäische Wirtschaft an der Technischen
Universität Chemnitz | christian.breuer@wirtschaft.tu-chemnitz.de

Martin Bruns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | mbruns@diw.de

Geraldine Dany Knedlik ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung
Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gdanyknedlik@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | hengerer@diw.de

Marcel Fratzscher ist Präsident des DIW Berlin | mfratzscher@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Max Hanisch ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Weltwirtschaft am
DIW Berlin | mhanisch@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | sjunker@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | mrieth@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am
DIW Berlin | tschlaak@diw.de

This report is also available in an English version as DIW Weekly Report 50–52/2018:

www.diw.de/diw_weekly



IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

85. Jahrgang 12. Dezember 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;

Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig;

Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.;

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Karl Brenke

Redaktion

Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner;

Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann;

Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit

Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den

Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter www.diw.de/newsletter